

MICHAELA MAIER, MARIA MESNER,  
ROBERT KRIECHBAUMER, JOHANNES SCHÖNNER (HG.)

# Die Krisen der Demokratie in den 1920er und 1930er Jahren

SPANIEN – PORTUGAL – ITALIEN –  
JUGOSLAWIEN – UKRAINE – UNGARN –  
RUMÄNIEN – POLEN – ÖSTERREICH





Herausgegeben im Auftrag der Plattform zeithistorischer politischer Archive:

Karl von Vogelsang-Institut zur Erforschung der Geschichte der christlichen  
Demokratie in Österreich

Kreisky-Archiv

Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung

Forschungsinstitut für politisch-historische Studien der  
Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek

Michaela Maier · Maria Mesner · Robert Kriechbaumer  
und Johannes Schöner (Hg.)

# **DIE KRISEN DER DEMOKRATIE IN DEN 1920ER UND 1930ER JAHREN**

Spanien – Portugal – Italien – Jugoslawien –  
Ukraine – Ungarn – Rumänien – Polen – Österreich

**BÖHLAU**

**ZukunftsFonds**  
der Republik Österreich



**NATIONALFONDS**

DER REPUBLIK ÖSTERREICH FÜR OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

Veröffentlicht mit der Unterstützung durch den Zukunftsfonds der Republik Österreich und den Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildungen: © VGA, Wien

© 2023 Böhlau, Zeltgasse 1, A-1080 Wien, ein Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich) Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, Verlag Antike und V&R unipress.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien

Satz: Michael Rauscher, Wien

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISBN 978-3-205-21858-6

## Inhalt

Vorwort . . . . .	7
<b>Grzegorz Rossoliński-Liebe</b> Stepan Bandera und die Krise der ukrainischen, europäischen und globalen Demokratie. Historische Forschung, politische Debatten und Umgang mit Gewalt . . . . .	13
<b>Walther L. Bernecker</b> Spanien. Der doppelte Zusammenbruch der Demokratie in der Zwischenkriegszeit . . . . .	25
<b>Walther L. Bernecker</b> Portugal in der Zwischenkriegszeit. Von der liberalen Demokratie zur korporatistischen Diktatur . . . . .	47
<b>Federico Scarano</b> Die Krise der liberalen Demokratie in Italien nach dem Ersten Weltkrieg und die Machtübernahme des Faschismus . . . . .	65
<b>Marie-Janine Calic</b> Jugoslawien. Vom Parlamentarismus zur Königsdiktatur . . . . .	81
<b>Béla Rásky</b> Keine Demokratie und trotzdem Krise(n). Ungarn in den 1920er und 1930er Jahren . . . . .	95
<b>Florian Kühner-Wielach</b> Masse und Messianismus. Rumäniens Integrationsprozess zwischen den Weltkriegen . . . . .	123
<b>Stephanie Zloch</b> Zweierlei Krisen. Zeitdiagnosen und Demokratiewissen zu Polen . . . . .	137

---

Michael Gehler	
Deutsche Reichs- und Österreichs Bundesverfassung 1919–1920. Entstehungsgeschichte und Entwicklungen im Vergleich . . . . .	153
Stefan Schima	
Staat und Religion in Österreich in den 1920er und 1930er Jahren . . . . .	165
Helmut Wohnout	
Demokratiekritik im Politischen Katholizismus und bei der Christlichsozialen Partei . . . . .	185
Wolfgang Maderthaner	
Legitimationsmuster des Austrofaschismus . . . . .	201
AutorInnen und HerausgeberInnen . . . . .	223

## Vorwort

Die vorliegende Publikation ist das Ergebnis eines Symposions, das sich im November 2022 dem Thema »Die Krisen der Demokratie in den 1920er und 1930er Jahren« gewidmet hat.

Durch die Aufarbeitung der Faschisierung mit dem Schwerpunkt auf Süd- und Osteuropa und einem besonderen Akzent auf die österreichische Entwicklung vervollständigt der Band, wenn man so will, ein geschichtswissenschaftliches Triptychon, das den Bogen spannt vom Ersten Weltkrieg und dem Zerfall der Habsburgermonarchie über Demokratie und Erste Republik bis hin zu autoritären Systemen Europas im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges – der Band stellt damit den Abschluss einer Serie dar, die die »Plattform zeithistorischer politischer Archive« im Böhlau-Verlag herausgebracht hat. Die Dramaturgie und die Reihenfolge der hier veröffentlichten zwölf Studien folgen dem Konzept des Symposions.

Die 1920er und 1930er Jahre in Europa sind geprägt durch Widersprüche und Ambivalenzen, gesellschaftliche Aufbrüche, wirtschaftliche Krisen und Einbrüche sowie den damit verbundenen sozialen und politischen Konflikten.

Der erste Beitrag von Grzegorz Rossoliński-Liebe beschäftigt sich mit dem Mythos und dem Kult um Stephan Bandera in der Ukraine und eröffnet so einen Diskurs nicht nur über die Krise der ukrainischen und europäischen, sondern auch der globalen Demokratie. Da nach der Ermordung Banderas der Kult um seine Person in Argentinien, Australien, Kanada, Westdeutschland, England, Frankreich, Spanien sowie den USA und anderen Ländern, in denen die ukrainische Diaspora lebte, prosperierte, wurde dadurch ein höchst bedenklicher Umgang mit der ukrainischen Geschichte sowie der Geschichte des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs globalisiert, so die These von Rossoliński-Liebe.

Nicht ohne Grund nennt Walther L. Bernecker seinen Beitrag über Spanien den »doppelten Zusammenbruch der Demokratie in der Zwischenkriegszeit«. Während des größeren Teils des 19. und 20. Jahrhunderts war Spanien eine der am tiefsten gespaltenen Gesellschaften Europas. Diese Spaltung führte zu wiederholten Bürgerkriegen und zu ständigen sozialen Spannungen. Die Jahre zwischen den zwei Weltkriegen waren eine Periode besonders heftiger Konflikte: Das System des oligarchischen Liberalismus brach zusammen (1917–1923), gefolgt vom Staatsstreich und der Dikta-



tur Primo de Riveras (1923–1930), die Monarchie stürzte, und die Republik wurde ausgerufen (1931). Nach fünf turbulenten Jahren parlamentarischer Demokratie (1931–1936) kollabierte das demokratische System, und ein dreijähriger, zerstörerischer Bürgerkrieg (1936–1939) brach aus. Spanien war das einzige europäische Land, in dem nach einer kurzen, aber intensiven Phase politischer Massenmobilisierung die Demokratie zweimal durch direkte militärische Intervention beendet wurde. Doch auch hier war der negative Ausgang nicht zwangsläufig, das Scheitern des demokratischen Experiments war nicht vorherbestimmt. 1936 siegte bei Wahlen die Volksfront (Republikaner, Sozialisten, Kommunisten, Syndikalist), und Manuel Azana wurde Staatspräsident. Dies führte im ganzen Land zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Der Militäraufstand im Juli 1936, angeführt von mehreren Generälen, darunter Francisco Franco, stützte sich auf Monarchisten, Katholiken und die von Antonio Primo de Rivera, dem Sohn des Diktators, 1933 gegründete faschistische Falange. Der nun beginnende brutal geführte spanische Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 wurde durch die internationale Beteiligung zu einem europäischen Bürgerkrieg.

Die besondere Situation Portugals wurde auf der Tagung ursprünglich von David Schriffel behandelt. Für den schriftlichen Beitrag zum Tagungsband stand David Schriffel bedauerlicherweise nicht mehr zur Verfügung. Die Herausgeber sind aus diesem Grund Walther L. Bernecker besonders dankbar, dass er neben seinem Beitrag über Spanien kurzfristig auch den Länderbeitrag über Portugal übernommen hat. Nach der Abschaffung der Monarchie in Portugal (1910) konnte sich aufgrund der als radikal empfundenen Wende hin zu einem demokratisch-parlamentarischen Systems keine feste Regierungsgewalt bilden. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass zwischen 1911 und 1926 acht Präsidenten und 44 Regierungen amtierten. Im selben Zeitraum fanden 20 Revolutionen und Staatsstriche statt. Im Mai 1926 kam es schließlich zum Militäraufstand unter dem General Gomes da Costa. Dieser als »Nationale Revolution« bezeichnete Staatsstreich fand ohne ein weltanschauliches Programm statt und mündete schließlich in die Auflösung des Parlaments und der Aufhebung der Verfassung. Bei aller Kritik an westlichen Demokratien gelang es Portugal dennoch, stabile Kontakte nach allen Seiten aufrecht zu erhalten. Im Zweiten Weltkrieg blieb Portugal, das besonders freundschaftliche Beziehungen zu Großbritannien und eine enge Verbindung zu Spanien (»Iberischer Block«) hatte, neutral.

Die wirtschaftlichen Krisen, die unzähligen Streiks in den Fabriken, die permanenten Unruhen, die Inflation und der Rohstoffmangel erschütterten das Nachkriegsitalien. Das Land wurde von einer Staatsverschuldung devastiert, die von 13 auf 94 Milliarden Lire hochgeschwungen war. Das Auftreten von Gewalt im öffentlichen Raum wurde virulent. Federico Scarano beschreibt in seinem Beitrag die unmittelbar nach dem

Ersten Weltkrieg einsetzenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Dynamiken, die letztendlich in der Machtergreifung der Faschisten unter Benito Mussolini kulminierten.

Der südslawische Nationalstaat (das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, SHS), der ab 1929 Jugoslawien hieß, bekannte sich vorerst zum liberalen Rechts- und Verfassungssystem, zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung, zur bürgerlichen Kultur sowie zu Fortschritt von Bildung und Wissenschaft. Die strukturellen Herausforderungen wie regionale und ethnische Diversität, Revisionismus und Irredentismus führten jedoch zunehmend zu Instabilität. Die Innenpolitik war durch harte ideologische Auseinandersetzungen und wachsenden Extremismus geprägt, verschärft durch sozial-ökonomische Krisen. Wie viele junge Demokratien in Europa ging auch der SHS-Staat ab den 1920er Jahren in ein diktatorisches Regime über. Marie-Janine Calic beschreibt in ihrem Beitrag den Weg Jugoslawiens vom Parlamentarismus zur Königsdiktatur.

Ungarn war ab 1933 in Bezug auf die Kleine Entente, das Verhältnis zu Dollfuß-Österreich und den Plan Mussolinis, ein österreichisch-ungarisches Staatenbündnis unter der Patronanz des faschistischen Italien zu installieren – als ernstzunehmende Gegenmacht zu Hitlers nationalsozialistischem Deutschland – ein gewichtiger politischer Faktor. Ungarn war insofern einen Spezialfall, als es während der Zwischenkriegszeit keine Demokratie, sondern formell eine parlamentarische Monarchie war. Anstelle eines Königs wurde 1920 vom Parlament ein »Reichsverweser« gewählt: Admiral Miklós Horthy. Die Regierung war dem Parlament verantwortlich, das das Ergebnis einer – unfairen – Mehrparteienwahl war, so Béla Rásky in seiner Studie »Keine Demokratie und trotzdem Krise(n)«. Der Machtbereich des Reichsverwesers als Staatsoberhaupt erfuhr Erweiterungen, die in erster Linie weniger gegen die weitgehend lahmgelegte Linke als vielmehr gegen die erstarkende radikale Rechte gerichtet waren. Sie umfassten jedoch nicht fundamentale Befugnisse: Horthy konnte die vom Parlament verabschiedeten Gesetze bestenfalls zur Überprüfung zurückschicken, musste aber bei einem Festhalten diese dann doch verlautbaren. Er konnte das Parlament unter gewissen Umständen auflösen, musste aber dann umgehend Neuwahlen ausschreiben. Béla Rásky zeichnet in seinem Artikel die politischen Machtverhältnisse in Ungarn sowie die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Krisen jener Jahre nach.

Der Aufsatz von Florian Kühner-Wielach setzt sich mit den endogenen und exogenen Faktoren auseinander, die zum Scheitern des Demokratisierungsprozesses in Rumänien beitrugen. Inwieweit kann in Rumänien von einer »Demokratie in der Krise«

gesprachen werden? Für eine solche Krise wären demokratische Strukturen sowie demokratische Praxis die Voraussetzung. Und in der Tat, so Kühner-Wielach, sind in der rumänischen Zwischenkriegszeit Ansätze zur Demokratisierung zu finden. Diese wurden jedoch stets von der Widersprüchlichkeit der legislativen, administrativen und politischen Realität unterlaufen.

Die Zwischenkriegszeit mit ihren Demokratiegründungen wird am Beispiel Polens im Aufsatz von Stefanie Zloch näher untersucht. Die Autorin vertritt die These, dass zwischen zweierlei Krisen zu unterscheiden ist: eine, die sich auf die politische Konstellation in Polen vor 1926 bezieht, und eine andere, die, im Widerspruch dazu, durch den Übergang vom demokratischen zum autoritären Regime nach 1926 ausgelöst wurde. Für die Analyse wurden als Quellen die zeitgenössische politische Publizistik sowie einschlägige Fachliteratur zur Geschichte Polens und zu Fragen von Nation und Demokratie in polnischer, englischer und deutscher Sprache herangezogen.

Die vier letzten Beiträge widmen sich dem Schwerpunktthema Österreich: Michael Gehler vergleicht die beiden Verfassungen von Deutschland und Österreich aus den Jahren 1919–1920. Die »Verfassung des Deutschen Reichs« wurde vom Staatsrechtler Hugo Preuß ausgearbeitet und trat mit 14. August 1919 in Kraft – dieses Datum wurde zum Nationalfeiertag der Republik in Erinnerung an die Geburtsstunde der deutschen Demokratie. Bald jedoch wurde die sogenannte »Weimarer Verfassung« von den Deutschnationalen, der völkischen Rechten und den Nationalsozialisten aufgrund der jüdischen Herkunft seines Verfassers als »undeutsch« diskreditiert. Die österreichische Bundesverfassung geht auf den Völkerrechtler und Rechtstheoretiker Hans Kelsen zurück. Am 10. November 1920 trat sie in Kraft, hatte aber von Beginn an mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen und blieb unvollständig, weil Christlichsoziale und Sozialdemokraten sich in wichtigen Punkten nicht einigen konnten. Auch Kelsen wurde aufgrund seiner jüdischen Herkunft angefeindet und letztendlich ins Exil vertrieben. Den Fragen nach den zentralen Grundsätzen der beiden Verfassungen, den Lücken und Möglichkeiten – in Deutschland wie auch in Österreich ab den 1930er Jahren – die Demokratie auszuhebeln, geht M. Gehler in seiner Studie nach.

Helmut Wohnout befasst sich mit »Demokratiekritik im Politischen Katholizismus und bei der Christlichsozialen Partei«. Er analysiert die Skepsis und die Beweggründe seitens der Christlichsozialen in Bezug auf das neue Staatswesen, die Republik Österreich. Den katholischen Eliten war der Abschied von der alten Ordnung schwergefallen – in den bürgerlichen Kreisen wurde die Republik als notwendiges Übel angesehen. Der 15. Juli 1927 – der Justizpalastbrand – ist ein gewichtiger Impuls

in Richtung Radikalisierung und Abwendung von demokratischen Grundprinzipien. Die politischen Fronten verhärten sich. Ab diesem Zeitpunkt beginnt auch Ignaz Seipel, als Gegensatz zur »Formaldemokratie« der Verfassung von 1920, eine »wahre Demokratie«, basierend auf einer starken exekutiven Gewalt, heraufzubeschwören. Die sukzessive Abwendung vom demokratischen Weg und das Verlangen nach autoritärer Lösung werden immer stärker.

Stefan Schima betrachtet das Thema »Staat und Religion« vom rechtshistorischen Blickwinkel aus. Die Kontinuitäten und Umbrüche im Verhältnis zwischen (neuem) Staat und Kirche untersucht er an Hand der gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften: der katholischen Kirche, der evangelischen Kirche und der israelitischen Religionsgemeinschaft. Wie werden Religionsfreiheit, Religion und Weltanschauung, die Anerkennung von Religionsgemeinschaften im Verhältnis zu bestehenden Gesetzen definiert? Von der Monarchie zur Ersten Republik und der Zeit der Diktatur »der vielen Namen« (ab 1934) bis zum Beginn des Nationalsozialismus zeichnet Schima die Stellung dieser Religionsgemeinschaften nach, deren Entwicklung jeweils vom politischen Machtgefüge abhängig war.

Wolfgang Maderthaner konstatiert in seinem Beitrag »Legitimationsmuster des Austrofaschismus«, dass im Gefolge des *Krisenszenarios* der *Großen Depression* die parlamentarische Demokratie und die (industrielle) Moderne insgesamt ihre Anziehungs- und Integrationskraft eingebüßt haben. Dem politischen Ideal der bürgerlichen Freiheiten wurde das Ideal eines autoritär-diktatorischen, vormodernen Ständestaates gegenübergestellt; der Gesellschaftsvertrag im Sinne der Aufklärung erhielt das Stigma der Blasphemie. Das seit dem März 1933 in Österreich entstandene Herrschaftssystem stellte in vielerlei Hinsicht eine historische Anomalie dar. Es ahmte äußerlich Formen des Faschismus nach, entlehnte sie dem italienischen und deutschen Vorbild und versuchte, wesentliche Elemente faschistischer Ideologie mit katholischem Klerikalismus zu verknüpfen. Es stützte sich auf soziale Trägerschichten und Eliten, die vorkapitalistischen Zeiten und der Vormoderne zuzuordnen sind. Die ideologischen Versatzstücke für die autoritär-ständische Neukonstruktion des gesellschaftlichen Aufbaus lieferte, neben einer nachwirkenden katholischen Reichsromantik, vor allem die teleologische Ganzheitsmetaphysik Othmar Spanns. Ganz in diesem Sinne entsprachen die Entwürfe zur gesellschaftlichen Neuordnung, die Legitimationsstrategien des Austrofaschismus der Ideologie und dem Bewusstseinsstand seiner sozialen Basis und intellektuellen Eliten: restaurativ, autoritär, antidemokratisch, legitimistisch, österreichisch-national – verstanden als restaurativ-diktatorischer Gegenentwurf zu den Konsequenzen der modernen Industriegesellschaft und der sie repräsentierenden Sozialdemokratie.

Unser Dank gilt den Autorinnen und Autoren, die in anregenden Beiträgen und fortgesetzten Diskussionen den Forschungsstand zur gegenständlichen Problematik gleichermaßen reflektiert und weiterentwickelt haben.

Michaela Maier, Maria Mesner, Robert Kriechbaumer,  
Johannes Schöner für die Plattform zeithistorischer politischer Archive  
Wien, März 2023

Grzegorz Rossoliński-Liebe

## Stepan Bandera und die Krise der ukrainischen, europäischen und globalen Demokratie

Historische Forschung, politische Debatten und Umgang mit Gewalt

Die Frage der Demokratie ist für das Verstehen von Stepan Banderas Leben und der ukrainischen Geschichte zentral. Ohne Bezug auf Demokratie und demokratische Werte lässt sich Banderas Biographie nicht kontextualisieren und erforschen. Umgekehrt sagt Banderas Leben viel über die Krisen der Demokratie aus. Sein Kult verrät auch viel über die europäische Krise der Demokratie vor dem und im Zweiten Weltkrieg und auch darüber, wie sich die Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg nicht erholen und wie eingeschränkt sie nach der Auflösung der Sowjetunion in der Ukraine funktionieren konnte. Da der Bandera-Kult, vor allem nach seinem Tod, ein globales Phänomen war, kann man daran auch die globale Krise der Demokratie erkennen bzw. den undemokratischen Umgang mit der Geschichte des Faschismus, des Holocaust und der Gewalt in verschiedenen Ländern der Welt beobachten.

Eine geschichtswissenschaftliche Untersuchung von Bandera geht aber über die Frage der Demokratie hinaus und hängt vor allem von der Auswertung historischer Dokumente ab. Wichtig für Banderas Erforschung sind die Faschismusforschung, Holocaustforschung, Gewaltforschung und die osteuropäische Geschichte. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, an den polnisch-jüdischen Anwalt Rafael Lemkin zu erinnern, der sich lebenslang damit beschäftigte, wie man mit Gesetzgebung Genozide verhindern kann, und der den Begriff »Genozid« erfunden und geprägt hat. Lemkin starb in demselben Jahr wie Bandera, hatte aber andere Erfahrungen gesammelt, verfügte über ein anderes Weltbild und vertrat radikal andere Werte als der ukrainische Nationalist, Faschist und antisowjetische »Freiheitskämpfer«.

Bandera gehörte lange zu jenen Akteuren der Geschichte, die vielen zwar dem Namen nach bekannt sind, von deren Leben und Handeln aber kaum jemand etwas Genaueres weiß.<sup>1</sup> Während des Kalten Kriegs war er in westlichen Ländern bei vielen antisowjetischen Aufmärschen auf Transparenten präsent. Zugleich war er ein wichtiger Bestandteil der antiwestlichen sowjetischen Propaganda. Da seine Vita und die

---

<sup>1</sup> Der Beitrag basiert auf meiner Biografie Banderas, vgl. Grzegorz Rossoliński-Liebe, Stepan Bandera. The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist. Fascism, Genocide, and Cult, Stuttgart 2014.

Geschichte seiner Bewegung nicht erforscht waren, konnte man auf ihn verschiedene Ideen projizieren und ihn als ein Symbol sowohl des nationalen Freiheitskampfes als auch des mörderischen Nationalismus benutzen.

Die ersten kritischen und komplexen Studien, die Bandera im Kontext der transnationalen Faschismusforschung untersuchten, stießen auf aggressive Ablehnung und Kritik. Sie wurden von politischen Aktivisten angegriffen, deren Weltbilder dadurch hinterfragt wurden, und von Historikern abgewiesen, die ihre Publikationen, Positionen oder Interpretationen verteidigen wollten. Dabei ist die Faschismusforschung neben der Geschichte des Holocaust und der Sowjetunion von zentraler Bedeutung, um Banderas Leben, den Kult um ihn sowie die Geschichte der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) zu verstehen. Eine kritische Erforschung der OUN ist wiederum wichtig, um eine komplexe Geschichte der Ukraine schreiben zu können und den Faschismus in Ostmitteleuropa in seiner transnationalen Dimension zu rekonstruieren. Auf der politischen Ebene birgt die Marginalisierung, Ignorierung oder Leugnung einer kritischen Bandera-Forschung Gefahren, wie in den vergangenen Jahren unter anderem an der Radikalisierung und Destabilisierung der Ukraine deutlich wurde.<sup>2</sup>

## 1. Biographie und Vorgeschichte

Stepan Bandera wurde am 1. Januar 1909 in Staryj Uhryniw geboren, einem Dorf in Ostgalizien, der östlichsten Provinz der Habsburger Monarchie. Seine Heimat war von Ukrainern, Polen, Juden, Deutschen, Tschechen und anderen ethnischen Gruppen bewohnt, von denen vor allem Ukrainer und Polen miteinander rivalisierten und sich im Nationalismus gegenseitig übertrafen. Beide erhoben den Anspruch auf die Westukraine bzw. Südpolen. Juden hingegen wurden zum Feind beider nationalen Gruppen stilisiert, wobei sie in diesem Teil Europas im Holocaust überwiegend von ihren ukrainischen Nachbarn und Deutschen ermordet werden sollten.<sup>3</sup>

2 Für Beiträge, die Banderas Verantwortung für die Verbrechen der ukrainischen Nationalisten leugnen und die Holocaust- und Faschismusforschung ignorieren, siehe z.B. Gerhard Simon, *Bandera – der überanstrengte Mythos*, (8.8.2019); <https://ukraineverstehen.de/simon-bandera-der-ueberanstrengte-mythos/> (Zugang 30.12.2021); Andrii Portnov, *Bandera mythologies and their traps for Ukraine*, *Open Democracy*, 22.6.2019; <https://www.opendemocracy.net/en/odr/bandera-mythologies-and-their-traps-for-ukraine/> (Zugang 30.12.2021).

3 Omer Bartov, *Anatomy of a Genocide. The Life and Death of a Town Called Buczacz*, New York 2018; John-Paul Himka, *Ukrainian Nationalists and the Holocaust. OUN and UPA's Participation in the Destruction of Ukrainian Jewry 1941–1944*, Stuttgart 2021; Kai Struve, *Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine*, Berlin 2015;

Da der ukrainische Staat erst 1991 entstanden ist, waren Ukrainer lange verschiedenen imperialen und nationalen Politiken ausgesetzt. Obwohl dies aus nationaler Sicht bis heute als ungünstig interpretiert wird, förderte es die Vielfalt der ukrainischen Kultur und Selbstverständlichkeit. Bis 1914 lebten etwa 80 Prozent aller Ukrainer im Russischen Reich, das im Gegensatz zur Habsburger Monarchie eine restriktivere Politik gegenüber der Entfaltung nationaler Kulturen anwandte und die Ukraine russifizierte, indem es unter anderem mit dem Emser Erlass 1876 die Verbreitung literarischer Schriften in der ukrainischen Sprache verbot. Nach der Russischen Revolution proklamierten ukrainische Politiker im November 1917 einen Staat in Kiew, ein Jahr später in Lemberg einen weiteren. Ihre Armeen waren jedoch zu schwach, um sich erfolgreich gegen Polen und Russen zu verteidigen, die die Ukraine als ihren eigenen Territorien zugehörig verstanden. Aufgrund dieser Entwicklungen lebten in der Zwischenkriegszeit erneut etwa 80 Prozent aller Ukrainer in der sowjetischen Ukraine und etwa 20 Prozent in Polen, zu dem neben Ostgalizien auch Wolhynien gehörte.<sup>4</sup>

Bereits in seiner Kindheit wurden Banderas politische Ansichten und sein Weltbild von diesen gescheiterten Kämpfen um einen eigenständigen ukrainischen Nationalstaat geprägt. Als Kind beobachtete er, wie ukrainische Soldaten im Ersten Weltkrieg unweit seines Hauses in Staryi Uhryniv gegeneinander kämpften. Ebenso war er Zeuge davon, wie sein Vater Andrii Bandera 1918 an der Errichtung der Verwaltung des ukrainischen Staates in der Kreisstadt Kalusch beteiligt war und wie er die Ukrainische Galizische Armee als Kapelan unterstützte. Des Weiteren war Bandera durch die griechisch-katholische Religion geprägt, die in der Familie Bandera eine zentrale Rolle spielte, zumal Andrii Bandera ein Priester war. Im Gegensatz zu seinem Vater schrieb Stepan jedoch dem Nationalismus vor allem in seiner faschistischen Form mehr Wert als der Religion zu.<sup>5</sup>

## 2. Europäischer Faschismus und Entwicklung der OUN

Nach dem Ersten Weltkrieg befanden sich die in Polen lebenden ukrainischen Nationalisten, die immer mehr zum Faschismus neigten, in einer ähnlichen politischen Situation wie Kroaten in Jugoslawien oder Slowaken in der Tschechoslowakei. Sie

---

Rossoliński-Liebe, Stepan Bandera. *The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist*; Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1997.

4 Serhy Yekelchuk, *Ukraine. Birth of a Modern Nation*, New York 2007, 33–84; Frank Golczewski, *Deutsche und Ukrainer 1914–1939*, Paderborn 2010, 240–360.

5 Rossoliński-Liebe, Stepan Bandera. *The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist*, 91–114.



mussten zuerst einen Nationalstaat aufbauen, um anschließend ein faschistisches Regime zu errichten. Ihre Bewegung wies jedoch große Ähnlichkeiten nicht nur mit der kroatischen Ustaša und Hlinkas Slowakischer Volkspartei auf, sondern auch mit der rumänischen Eisernen Garde, den ungarischen Pfeilkreuzlern und dem polnischen Nationalradikalen Lager.<sup>6</sup> Benito Mussolini bildete einige OUN-Kader zusammen mit Ustaša-Kämpfern auf Sizilien aus. Dadurch baute die OUN besonders gute Kontakte zu den kroatischen »Freiheitskämpfern« auf. Öffentliche Aufmerksamkeit erlangten zwischenfaschistische Netzwerke und die Rolle des Duces bei ihrer Etablierung unter anderem durch zwei Attentate 1934. Am 15. Juni ermordete die OUN in Warschau den polnischen Innenminister Bronisław Pieracki und am 9. Oktober fielen der jugoslawische König Alexander I. Karađorđević und der französische Außenminister Louis Barthou in Marseille der Zusammenarbeit von Ustaša und Innerer Mazedonischer Revolutionärer Organisation zum Opfer.<sup>7</sup>

Bevor Stepan Bandera sich der OUN anschloss, hatte er der Ukrainischen Militärischen Organisation (UVO) angehört, die 1921 in Prag durch Veteranen des Ersten Weltkriegs gegründet worden war. Die Bewegung gewann jedoch erst in den späten 1920er Jahren an Bedeutung, als andere Gruppierungen sich ihr anschlossen und sie sich für die galizische Jugend öffnete. Die 1929 gegründete OUN bestand von Anfang an aus zwei Generationen. Die ältere der um 1890 Geborenen gründete zuerst die UVO, dann die OUN und kontrollierte die Führung der OUN im Exil. Die jüngere Generation war als die Bandera-Generation bekannt. Sie bestand aus Personen, die um 1910 geboren wurden und die Landesexekutive in Südpolen kontrollierten. Sie kannten den Ersten Weltkrieg nur aus den Berichten ihrer Eltern und träumten davon, in einem weiteren Krieg für die Freiheit ihres Landes zu kämpfen, und schreckten nicht davor zurück, Massengewalt anzuwenden. Der im Exil lebende Führer der gesamten OUN, Jewhen Konowalez, genoss, anders als sein Nachfolger Andrij Melnyk, auch den Respekt der jüngeren Generation.<sup>8</sup>

Umfassend faschisierte die OUN ihre Ideologie erst in den 1930er Jahren, doch einige Ideologen wie Dmytro Donzow waren bereits in den frühen 1920er Jahren davon ausgegangen, dass ukrainische Nationalisten auch ukrainische Faschisten seien. In dem 1923 veröffentlichten Artikel »Sind wir Faschisten?« erklärte Donzow, der

6 Zur Frage des Faschismus in Ostmitteleuropa siehe Constantin Iordachi, Introduction. Fascism in Interwar East Central and Southeastern Europe. Toward a New Transnational Research Agenda, in: *East-Central Europe 2–3/2010*, 161–213.

7 Stanley G. Payne, *A History of Fascism, 1914–1945*, Madison 1995, 406.

8 Franziska Bruder, »Den ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben!«. Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929–1948, Berlin 2007, 118f; Grzegorz Rossoliński-Liebe, Der europäische Faschismus und der ukrainische Nationalismus. Verflechtungen, Annäherungen und Wechselbeziehungen, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2/2017*, 155–159.

großen Einfluss auf die Bandera-Generation hatte, das Programm der italienischen Faschisten und folgerte: »Wenn dies das Programm des Faschismus ist, dann sind wir meinetwegen Faschisten!« Gleichzeitig riet er aber dazu, in der Öffentlichkeit nicht als Faschisten aufzutreten, um der Bewegung nicht zu schaden.<sup>9</sup> Jewhen Onackyj argumentierte zunächst, dass die Bewegung nicht faschistisch sein könne, weil kein ukrainischer Staat existiere, in dem sie ihr faschistisches Regime aufbauen könne. Erst infolge interner Debatten änderte er seine Position und behauptete, dass der Faschismus auch eine Revolution sei, die zur Staatlichkeit führe.<sup>10</sup> Mykola Sciborskyj, dessen Beziehung mit einer Jüdin zu Diskussionen in der Bewegung führte, erfand das politische System für den zukünftigen OUN-Staat und nannte es »Naciokratija« (Diktatur der Nation). Obwohl er mehrmals betonte, dass dieses nicht faschistisch sei, enthielt sein Entwurf alle zentralen Charakteristiken eines faschistischen Staates.<sup>11</sup> Der Antisemitismus wurde in der OUN unter anderem durch Volodymyr Martyneć rassistisch umgedeutet. In der 1938 veröffentlichten Broschüre »Das jüdische Problem in der Ukraine« behauptete er, dass Juden eine fremde Rasse seien, die von Ukrainern isoliert und nach allen Kräften vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden sollte.<sup>12</sup>

Bandera, der bereits zu Schulzeiten in Kontakt mit anderen jungen Nationalisten gestanden hatte, verinnerlichte ab seinem Eintritt in die OUN 1929 diese Ideologie und trug sie aktiv mit. Er stieg in der Organisation schnell auf und stand – zunächst durch eine Haftstrafe daran gehindert – ab Anfang 1933 offiziell an der Spitze der Landesexekutive. Er organisierte mehrere Attentate, professionalisierte die ideologische, geheimdienstliche und militärische Ausbildung und verlangte von seinen Untergebenen absoluten Gehorsam. Die Zahl der Morde an OUN-Mitgliedern, die der Zusammenarbeit mit dem polnischen Geheimdienst oder ideologischer Abweichungen bezichtigt wurden, stieg unter seiner Führung deutlich an. Außerdem forcierte Bandera die Propagandakampagnen gegen polnische Schulen und andere Institutionen der Zweiten Polnischen Republik, indem er unter anderem ukrainische Schüler einbezog. Auch wenn die Radikalisierung der westukrainischen Gesellschaft durch die OUN nicht ohne weitere Protagonisten seiner Generation möglich gewesen wäre, ist sie doch maßgeblich auf Banderas Eifer und organisatorische Fähigkeiten zurückzuführen.<sup>13</sup>

Die OUN nutzte 1935/36 Prozesse gegen sich in Warschau und Lemberg, die wegen des Attentats auf den polnischen Innenminister Pieracki und anderer Verbrechen

<sup>9</sup> Dmytro Donzow, Čy my fašysty?, in: Zahrava 1/1923, 97–102, hier 100.

<sup>10</sup> Jewhen Onackyj, Lysty z Italii I. Deščo pro fašyzm, in: Rozbudova natsii 3/1928, 95; ders., Fašyzm i my (Z pryvodu statti prof. Mytsjuka), in: Rozbudova natsii 12/1929, 397.

<sup>11</sup> Mykola Sciborskyj, Naciokratija, Paris 1935, 50, 84, 87, 114ff.

<sup>12</sup> Volodymyr Martyneć, Žydivška probléma v Ukraïni, London 1938.

<sup>13</sup> Rossoliński-Liebe, Stepan Bandera. The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist, 91–116.

stattfanden, um ihren »Freiheitskampf« international bekannt zu machen. Bandera stilisierte sich nun explizit zum Führer einer faschistischen Bewegung, die die Ukraine befreien würde. Im Gerichtssaal wurde er von seinen Kampfgenossen mit faschistischem Gruß geehrt. Die Verhängung der Todesstrafe, die in Polen jedoch noch vor der Vollstreckung abgeschafft wurde, verstärkte seinen Ruhm: Bandera wurde endgültig zur politischen Kultfigur. Bereits zu dieser Zeit schrieb man Lieder über ihn und brachte junge ukrainische Freiheitskämpfer mit seinem Namen in Verbindung. Nachdem der OUN-Führer Konowalez vom sowjetischen Geheimdienst am 23. Mai 1938 in Rotterdam ermordet worden war, versuchte eine Gruppe ukrainischer Nationalisten, Bandera aus dem Gefängnis zu befreien. Seine Zeit in Haft nutzte er unter anderem dafür, junge Ukrainer zu radikalieren, die im Zweiten Weltkrieg Massenmorde organisieren sollten.<sup>14</sup>

### 3. Staatlichkeit, Massenmorde und politische Ziele

Wenige Tage nach Beginn des Zweiten Weltkriegs brach Bandera aus dem Gefängnis in Brześć aus und begab sich nach Lemberg. Zu dieser Zeit überlegte die OUN, einen Nationalaufstand zu initiieren und einen ukrainischen Staat auszurufen, gab diesen Plan jedoch auf, weil die Westukraine aufgrund des geheimen Ribbentrop-Molotow-Paktes in die sowjetische Ukraine eingegliedert worden war. Bandera verließ wie einige hundert andere OUN-Mitglieder die Westukraine und ging nach Krakau, der Hauptstadt des Generalgouvernements. Dort wurde 1940 der Generationen-Konflikt in der OUN ausgetragen, der zur Spaltung der Bewegung in die radikalere OUN-Bandera und die »gemäßigte« OUN-Melnyk führte. Obwohl sich beide Fraktionen vehement bekämpften, kollaborierten sie beide mit den Deutschen und halfen ihnen, den Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten. Gleichzeitig überlegten sie, wie sie anschließend ihren eigenen faschistischen Kollaborationsstaat errichten könnten.<sup>15</sup>

Die OUN-B kontrollierte den Großteil des Untergrundes in der Westukraine und erarbeitete im Generalgouvernement einen detaillierten Plan, den sie »Ukrainische Nationale Revolution« nannten, für den Ausbau eines faschistischen Staates auf allen administrativen Ebenen. An seiner Verwirklichung sollten sich unter anderem die aus ukrainischen Freiwilligen bestehenden Bataillone »Roland« und »Nachtigall« der deutschen Wehrmacht sowie die sogenannten Marschgruppen beteiligen. Die OUN-B hoffte, dass die Nationalsozialisten ihren Staat akzeptieren würden und dieser äh-

<sup>14</sup> Rossoliński-Liebe, Stepan Bandera. *The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist*, 117–166.

<sup>15</sup> Struve, *Deutsche Herrschaft*, 90–118, 172–207.

lich wie die Slowakei im März 1939 und Kroatien im April 1940 zu einem politischen Organismus des »Neuen Europa« unter deren Führung werden würde.<sup>16</sup>

Auf einem Kongress Anfang April 1941 in Krakau radikalisierte sich die OUN-B weiter und leistete dadurch einen Beitrag zur Gestaltung des europäischen Faschismuskurses. Sie führte unter anderem den Gruß »Ehre der Ukraine! – Ehre den Helden!« ein, diskutierte die Gesundheit der ukrainischen Rasse und verdammt die Juden als Stütze der Sowjetunion. Das Führerprinzip baute sie auf dem Begriff *providnyk* auf, weil der eigentlich besser geeignete Ausdruck *vožd* bereits zuvor von Melnyk verwendet worden war. Einen Widerspruch zwischen Faschismus und Nationalismus sah die Führung der OUN-B nicht. Ganz im Gegenteil: Ihren eigenen Nationalismus verstand sie – ähnlich wie schon in den 1930er und teilweise auch 1920er Jahren – als eine Form des europäischen beziehungsweise globalen Faschismus.<sup>17</sup>

Beim Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 trat die OUN-B als Verbündete Deutschlands auf. Ohne die Zustimmung der nationalsozialistischen Führung begann sie, die Ukrainische Nationale Revolution umzusetzen. Obwohl die OUN-B die Abwehr und die Wehrmacht beim Krieg gegen die Rote Armee und den Sicherheitsdienst bei der Ermordung von Juden unterstützte, verbot das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) Bandera, sich in die »befreiten« Gebiete zu begeben. Daher wurde ihr Staat am 30. Juni 1941 in Lemberg nicht durch den *providnyk*, sondern seinen Vertreter Jaroslav Stečko ausgerufen, der darüber in Briefen die faschistischen Führer Europas informierte und um Akzeptanz bat. Wenige Stunden vor der Proklamation begannen in Lemberg antijüdische Ausschreitungen, die die OUN-B mit den deutschen Truppen in einen zwei Tage dauernden Pogrom verwandelte.<sup>18</sup> Ähnliche Pogrome, die von nationalen Feierlichkeiten begleitet wurden, fanden in vielen ostgalizischen und wolhynischen Orten statt. Bandera wurde von den revolutionären Massen als der Führer des ukrainischen Staates gefeiert. Nachdem er am 5. Juli 1941 verhaftet worden war, weil die OUN-B die Staatsproklamation nicht zurücknehmen wollte, baten Hunderte in Briefen an Hitler um seine Freilassung.<sup>19</sup>

Die Nationalsozialisten errichteten generell keine Kollaborationsstaaten in Gebieten, die bis zum 22. Juni 1941 im sowjetischen Einflussgebiet gelegen waren. Stečko

16 Grzegorz Rossoliński-Liebe, Der Verlauf und die Täter des Lemberger Pogroms vom Sommer 1941. Zum aktuellen Stand der Forschung, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 22/2013, 213–216.

17 Grzegorz Rossoliński-Liebe, The »Ukrainian National Revolution« of Summer 1941, in: Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History 12, (2011), 91–95.

18 John-Paul Himka, The Lviv Pogrom of 1941. The Germans, Ukrainian Nationalists, and the Carnival Crowd, in: Canadian Slavonic Papers 2–4/2011, 209–243; Grzegorz Rossoliński-Liebe, Der Verlauf und die Täter des Lemberger Pogroms vom Sommer 1941. Zum aktuellen Stand der Forschung, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 22 (2013), 207–243.

19 Rossoliński-Liebe, The »Ukrainian National Revolution« of 1941, 106–113.

und einige weitere prominente OUN-B Mitglieder wurden ähnlich wie Bandera verhaftet und bis Herbst 1944 als Sonderhäftlinge des RSHA in Berliner Gefängnissen und im Konzentrationslager Sachsenhausen festgehalten. Dort war Bandera im gleichen Zellenbau untergebracht wie Horia Sima, der Führer der Eisernen Garde, und einige andere prominente politische »Ehrenhäftlinge«, zu denen auch Kurt Schuschnigg zählte.<sup>20</sup> Darüber hinaus verhafteten die Deutschen einige hundert weniger bekannte OUN-Mitglieder, von denen etwa 200 ins Konzentrationslager Auschwitz deportiert wurden. Da auch sie bevorzugt behandelt wurden, überlebten etwa 80 Prozent von ihnen das Lager. Unter den Gestorbenen beziehungsweise Ermordeten befanden sich jedoch Banderas Brüder Vasył und Oleksandr.<sup>21</sup>

Während Stepan Banderas Zeit in Berlin und Sachsenhausen wurden in der Ukraine unzählige Juden ermordet. Die Hälfte aller ukrainischen Juden – etwa 800.000 – wurde in dem kleinen Gebiet der Westukraine getötet, wo die OUN-B trotz der Verhaftung ihrer Führungsriege die Deutschen beim Judenmord unterstützte. Damit folgte sie ihren ideologischen Prämissen, die Ukraine ethnisch zu homogenisieren bzw. die »Feinde der Ukraine«, zu denen vor allem Juden, Polen und Russen zählten, zu ermorden. Die OUN-B schickte ihre Mitglieder zur Polizei, damit sie bewaffnet wurden und die Besatzer bei den Deportationen und Erschießungen unterstützen konnten. Aufgrund der kleinen Anzahl von deutschen Polizisten in der Ukraine wäre die Ermordung von mehr als 90 Prozent aller westukrainischen Juden ohne sie nicht möglich gewesen.<sup>22</sup> Etwa zur selben Zeit, als die Deutschen Wolhynien und Ostgalizien für »judenfrei« erklärten, begann die Anfang 1943 von der OUN-B aufgestellte Ukrainische Aufständische Armee (UPA), dort auch massenhaft Polen zu ermorden. Mit Beginn dieser »Säuberung« der Westukraine von Polen schlossen sich ihr etwa 5.000 ukrainische Polizisten an, die zuvor die Deutschen beim Holocaust unterstützt hatten. Insgesamt ermordete die UPA zwischen 70.000 und 100.000 Polen und zwang viele weitere dazu, ihre Lebensorte zu verlassen.<sup>23</sup>

20 Grzegorz Rossoliński-Liebe, *Inter-Fascist Conflicts in East Central Europe: The Nazis, the »Austrofascists«, the Iron Guard, and the Organization of Ukrainian Nationalists*, in: Arnd Bauerkämper/Grzegorz Rossoliński-Liebe (Hrsg.), *Fascism without Borders. Transnational Connections and Cooperation between Movements and Regimes in Europe from 1918 to 1945*, Oxford 2017, 176–184.

21 Rossoliński-Liebe, *Stepan Bandera. The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist*, 251.

22 Gabriel N. Finder/Alexander V. Prusin, *Collaboration in Eastern Galicia: The Ukrainian Police and the Holocaust*, in: *East European Jewish Affairs* 34, 2 (2004), 95–118; Grzegorz Rossoliński-Liebe, *Ukraińska policja, nacjonalizm i zagłada Żydów w Galicji Wschodniej i na Wołyniu*, in: *Zagłada Żydów. Studia i Materiały* 13 (2017), 57–79; Himka, *Ukrainian Nationalists and the Holocaust*; Shmuelpector, *The Holocaust of Volhynian Jews 1941–1944*, Jerusalem 1990.

23 Grzegorz Motyka, *Ukraińska partyzantka 1942–1960. Działalność Organizacji Ukraińskich Nacjonalistów i Ukraińskiej Powstańczej Armii*, Warschau 2006, 298–413.

Bandera ist für die Verbrechen, die OUN-B und UPA während seiner Internierung in Berlin und Sachsenhausen verübten, nur indirekt verantwortlich. Viele OUN-B-Mitglieder, die während des Holocaust in der deutschen Polizei dienten, und ein Teil der UPA-Partisanen, die Polen und Juden ermordeten, identifizierten sich zwar mit Bandera und betrachteten ihn als ihren *providnyk* oder bezeichneten sich selbst als *banderivci* (Bandera-Anhänger), aber Bandera erteilte ihnen keine Befehle. Seine politische Wirkungsmöglichkeit war in dieser Zeit eingeschränkt. Die politische Leitung war in den Händen von Roman Schuchewych, Mykola Lebed, Dmytro Kliachkivskýj und anderen, die direkt vor Ort die Morde anordneten und die »Säuberung« der Westukraine koordinierten. Als Führer der Bewegung war Bandera jedoch moralisch für die Verbrechen der OUN-B und UPA verantwortlich. Vor dem Krieg machte er kein Geheimnis daraus, dass »nicht nur Hunderte, sondern Tausende Menschenleben geopfert werden müssen«,<sup>24</sup> damit die OUN ihre Ziele realisieren und ein ukrainischer Staat entstehen könne. Die Massenvernichtung beziehungsweise die »Säuberung« der Ukraine von Juden, Polen, Russen und anderen »Feinden« der Organisation war ein zentraler Bestandteil seiner Ziele.<sup>25</sup>

#### 4. Kalter Krieg, Mord und Neubelebung des Kultes

Am 28. September 1944 wurde Bandera aus Sachsenhausen entlassen, weil die Nationalsozialisten nach erheblichen Niederlagen Osteuropäer für den Kampf gegen die Rote Armee mobilisieren wollten. Bandera wirkte daran mit, verließ jedoch im Februar 1945 mit seiner Familie Berlin und versteckte sich in den folgenden Monaten in Österreich und Süddeutschland. Kurz nach dem Ende des Kriegs baute er mit Unterstützung des amerikanischen und britischen Geheimdienstes ein OUN-Zentrum in München auf. Die CIA, der MI6 und später auch der Bundesnachrichtendienst arbeiteten mit ihm zusammen. Sie finanzierten seine Organisation, schützten ihn und seine Familie vor dem sowjetischen KGB und bildeten seine Anhänger aus, die sie als Spione in die sowjetische Westukraine schickten, um dort Kontakt zum ukrainischen Untergrund aufzubauen. Doch weitere Konflikte innerhalb der OUN, auch wegen Banderas radikaler Ansichten und andauernder Begeisterung für den Faschismus, schwächten die Bewegung. In den frühen 1950er Jahren verspielte er das Vertrauen

24 Gerichtsprotokoll, 26.1.1936, CDIAL (Central'nyj deržavnyj istorychnyj archiv u Lvovi), f. 371, op. 1, spr. 8, od. 75, Bl. 176.

25 Grzegorz Rossoliński-Liebe, Bandera, masowa przemoc i odpowiedzialność. Czy Stepan Bandera był odpowiedzialny za zbrodnie popełnione przez OUN i UPA?, in: Zagłada Żydów. Studia i Materiały 15 (2020), 219–250.

zuerst der CIA und anschließend auch des MI6, die lieber Mykola Lebed und dessen Anhänger innerhalb der OUN unterstützten. Nur der Bundesnachrichtendienst distanzierte sich nicht von Bandera und arbeitete weiterhin mit ihm zusammen, bis er am 15. Oktober 1959 in München durch den jungen westukrainischen KGB-Agenten Bohdan Stašinskyj ermordet wurde.<sup>26</sup>

Der Mord an Bandera, der erst aufgeklärt werden konnte, nachdem der Attentäter sich im August 1961 der Westberliner Polizei gestellt hatte, belebte den Kult um seine Person erneut. Mehrere Tausend seiner Verehrer hatten die Westukraine im Sommer 1944 mit den Deutschen verlassen und sich nach dem Krieg in Nordamerika, Großbritannien und auch Westdeutschland niedergelassen. Für sie wurde Bandera zum Märtyrer, der wie ein Held im Kampf um die Freiheit seines Landes gefallen war. Er wurde in Dutzenden von Orten, in denen die ukrainische Diaspora lebte, jedes Jahr zu seinem Todestag mit zahlreichen Trauergottesdiensten, politischen Versammlungen oder antikommunistischen Aufmärschen geehrt. Diesem Kult setzte die Sowjetunion ihre eigene Propaganda entgegen. Ihr zufolge hätten die ukrainischen Nationalisten die Sowjetunion verraten und seien moralisch und politisch sogar schlimmer als die Nationalsozialisten gewesen, weil sie nach dem Sieg der Roten Armee ihre Landsleute in der Westukraine bis in die frühen 1950er Jahre hinein noch terrorisiert hätten. Bandera ist in diesem Diskurs zum Symbol des Verrats und der Massenmorde an sowjetischen Bürgern geworden. Die Bezeichnung *banderivci* wurde unter anderem benutzt, um gegen Dissidenten vorzugehen. Bandera wurde für die Diaspora zur Identifikationsfigur eines antisowjetischen Nationalhelden, der sein Leben für eine freie Ukraine gegeben hatte.<sup>27</sup>

Ab den späten 1980er Jahren, noch vor dem Zerfall der Sowjetunion, tauchte der Bandera-Kult auch in der Westukraine erneut auf. Nach 1991 wurden vor allem in Ostgalizien für den *providnyk* mehrere Denkmäler errichtet, vier Museen eröffnet und Hunderte Straßen nach ihm benannt. Ebenso wurde er im Unterricht in Schulen und an Universitäten gewürdigt. Doch erst im Laufe der Präsidentschaft von Wiktor Juschtschenko (2005–2010) wurde der öffentliche Kult auf die übrige Ukraine ausgeweitet. Er stieß jedoch auf politischen und kulturellen Widerstand, weil die Mehrheit der dort lebenden Menschen sich mit der sowjetischen und nicht mit der nationalistischen Geschichte ihres Landes identifizierte und in Bandera weiterhin einen Verräter sah. In den vergangenen Jahren wurde der Kult um den westukrainischen Nationalhelden – der ein überzeugter Faschist gewesen war – zumindest ansatzweise auch aus demokratischen Gründen hinterfragt. Dies sorgte in allen Teilen des Landes für Verwirrung und wurde als eine Bedrohung eigener Traditionen wahrgenommen.

26 Rossoliński-Liebe, Stepan Bandera. The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist, 309–336.

27 Ebenda., 347–456.

Insbesondere die Faschismus- und Holocaust-Forschung erregte die Gemüter vieler Kenner der ukrainischen Geschichte und motivierte sie zur Verteidigung eigener, zum großen Teil im Kalten Krieg konzeptualisierter und bis heute nicht revidierter Denk- und Forschungsansätze.<sup>28</sup>

## 5. Schlussbetrachtung

Stepan Bandera und sein Kult verdeutlichen, wie fragil die Demokratie im 20. und am Anfang des 21. Jahrhunderts in der Ukraine, in Europa und anderen Kontinenten der Welt war und wie wichtig die auf Archivdokumente gestützte Forschung für die Demokratisierung der Gesellschaft ist. Obwohl Banderas Ziel vor allem war, einen ukrainischen Staat zu erkämpfen, schreckte er nicht davor zurück, jede Methode einschließlich der Massengewalt zu verwenden, um seine Absichten zu realisieren. Des Weiteren ging er davon aus, dass der ukrainische Staat ein faschistischer sein muss, und wollte mit Hitler, Mussolini, Pavelić, Franko und anderen faschistischen und autoritären Führern Europa regieren. Die Ermordung bzw. Vertreibung von Juden, Polen, Russen und anderen ethnischen Gruppen, die die Ukraine bewohnten, standen auf der Agenda der OUN und UPA und wurden teilweise eigenständig, teilweise in Kollaboration mit den Nationalsozialisten realisiert. Als Namensgeber und Symbolfigur einer Generation von Ukrainerinnen und Ukrainern ging Bandera in die ukrainische, europäische und globale Geschichte deshalb als ein Nationalist, Faschist und antisowjetischer »Freiheitskämpfer« ein.

Durch Instrumentalisierung und mangelnde historische Forschung wurde Bandera zu einer Projektionsfläche für verschiedene geschichtspolitische Ziele. Während der Majdan-Proteste 2013/14 in Kiew demonstrierten nicht nur neofaschistische, sondern auch die Demokratie unterstützende Ukrainer mit Bandera-Transparenten für die Annäherung der Ukraine an die EU beziehungsweise die Beendigung der pro-russischen Politik. Der Bandera-Kult hat bis heute kaum an Wirkungsmacht verloren, weil bestimmte Aspekte der ukrainischen Geschichte lange Zeit einerseits nicht erforscht, andererseits bewusst tabuisiert wurden. Dazu gehörten neben der Beteiligung ukrainischer Nationalisten am Holocaust auch die Faschisierung der Bewegung beziehungsweise die innovative Schöpfung eines genuin ukrainischen Faschismus. Die Untersuchung dieser Themen war deshalb unerwünscht, weil sie Aspekte der sowjetischen Propaganda bestätigen würden. Die Erforschung der Vita Banderas und der Geschichte seiner Bewegung ist jedoch für die Demokratisierung der Ukraine zentral.

<sup>28</sup> Ebenda., 459–530.



Da der Bandera-Kult nach seiner Ermordung in Argentinien, Australien, Kanada, Westdeutschland, England, Frankreich, Spanien, USA und anderen Ländern blühte, in denen die ukrainische Diaspora lebte, wurde dadurch ein undemokratischer Umgang mit der ukrainischen Geschichte sowie der Geschichte des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs globalisiert. Obwohl viele dieser Länder demokratisch waren, verstanden ihre Behörden nicht, woran die Veteranen der OUN, UPA, Waffen-SS-Galizien auf den Bandera-Veranstaltungen erinnerten oder was sie in ihrer Zeitung veröffentlichten. Der enthusiastische Antikommunismus der Veteranen der OUN trug ebenso wie der kanadische Multikulturalismus dazu bei, dass ihr Umgang mit der Vergangenheit nicht nur als unproblematisch, sondern sogar als ein Beitrag zur Demokratie verstanden wurde. Jaroslav Stečko, der am 22. Juni 1941 in Lviv den ukrainischen Staat proklamierte und ein überzeugter Antisemit war, wurde 1983 in das Weiße Haus eingeladen, um dort den US-Präsidenten Ronald Regan und im Kongress den Vizepräsidenten George Bush zu treffen. Wie Bandera symbolisierte Stečko zu dieser Zeit den »demokratischen« Geist des Antikommunismus, weil die Sowjetunion die westliche Demokratie gefährdete. Diese Deutung der faschistischen und genozidalen Form des ukrainischen Nationalismus blieb bis heute in der Ukraine erhalten. Ob sich der Umgang mit Bandera, Stečko, OUN, UPA in Zukunft ändert, hängt von vielen Faktoren ab.

Walther L. Bernecker

## Spanien

### Der doppelte Zusammenbruch der Demokratie in der Zwischenkriegszeit

Wenn für viele Beobachter die unmittelbare Phase nach dem Ersten Weltkrieg die »Stunde der parlamentarischen Demokratie« war, dann gilt diese Aussage nicht für Spanien. Vorerst erhielt das Land weder eine neue Verfassung noch eine neue Regierungsform. Allerdings lässt sich auch zur Bedeutung des Ersten Weltkriegs für die Entwicklung Spaniens sagen, dass der Krieg – wenn auch indirekt, vermittelt und zeitverschoben – zum Zusammenbruch der »Alten Ordnung« führte, die im spanischen Fall mit der konstitutionellen Restaurationsmonarchie von 1875 gleichgesetzt werden kann. In Spanien erfolgte der Zusammenbruch gewissermaßen in Etappen, deren wichtigste die Ereignisse der Jahre 1898, 1909, 1917, 1923, 1931 und 1936 waren.

Während des größeren Teils des 19. und 20. Jahrhunderts war Spanien eine der am tiefsten gespaltenen Gesellschaften Europas; diese Spaltung führte zu wiederholten Bürgerkriegen, zu zahlreichen Putschen, zu ständigen sozialen Spannungen. Die Jahre zwischen den zwei Weltkriegen waren eine Periode besonders spannungsreicher Konflikte; in jenen Jahren brach das System des oligarchischen Liberalismus zusammen (1917–1923), es fanden der Staatsstreich und die Diktatur Primo de Riveras statt (1923–1930), die Monarchie stürzte, und die Republik wurde ausgerufen (1931); es folgten fünf turbulente Jahre parlamentarischer Demokratie (1931–1936), an deren Ende der Kollaps des demokratischen Systems und ein dreijähriger Bürgerkrieg standen (1936–1939). Spanien war das einzige europäische Land, in dem nach einer kurzen, aber intensiven Phase politischer Massenmobilisierung die Demokratie zweimal durch eine direkte militärische Intervention beendet wurde.

1923 scheiterte die konstitutionelle Ordnung Spaniens zum ersten Mal. Der Wehrbereichsbefehlshaber von Katalonien, Generalkapitän Miguel Primo de Rivera, beendete das politische System der Restauration in einem unblutigen Putsch, der vielfältige zivile Unterstützung erfuhr. Der zweite Versuch, die Demokratie durch einen Militärputsch zu beenden, scheiterte 1936 und führte zu einem Bürgerkrieg. Die Frage liegt nahe, was den Unterschied zwischen 1923 und 1936 ausmachte.